

06. Apr. 2018

++ Pressemitteilung ++

Huber: Zwangsadoptierte Kinder aus der DDR verdienen Aufklärung

Am 5. April 2018 hat der Verein "Interessengemeinschaft gestohlene Kinder der DDR n.e.V." eine Petition an den Deutschen Bundestag übergeben. Der AfD-Bundestagsabgeordnete Johannes Huber hat diese stellvertretend für die AfD-Fraktion als Sprecher für Petitionen entgegengenommen. Die etwa 1.500 Mitglieder der Interessengemeinschaft fordern die Aufklärung des staatlichen Kindesentzugs und der Schicksale zwangsadoptierter Kinder in der DDR.

Huber sieht die Forderungen der Petition grundsätzlich als gerechtfertigt an: "Jedes Kind hat das Recht, seine Eltern zu kennen. Daher ist es nur recht, dass adoptierte Kinder auf deren Wunsch hin von den Adoptivstellen zwingend über ihre Herkunft informiert werden." Des Weiteren sollen mit der Petition die Aufbewahrungszeiten der Akten in den Geburtskliniken verlängert werden.

Huber sieht ebenfalls Handlungsbedarf, betroffene Eltern zu unterstützen:

"Bei über 300 Fällen ist die Sachlage eindeutig, dass in der DDR wegen politischer Delikte wie ‚Republikflucht‘, ‚Staatshetze‘ oder ‚Staatsverleumdung‘ Eltern ihre Kinder weggenommen und diese an politisch linientreue Adoptiveltern vergeben wurden. Für diese Fälle wäre eine unabhängige Clearingstelle hilfreich, um den betroffenen leiblichen Eltern die Suche nach ihren leiblichen Kindern nicht weiter zu erschweren. Schließlich zeigen diese Fälle, dass mit den Untaten des SED-Regimes, deren Nachfolgepartei Die Linke im Bundestag sitzt, endlich aufgeräumt werden muss."

Pressekontakt:

Christian Lüth

Pressesprecher der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag

<<http://www.afd.de/bundestag>>